



Das ehemalige Munitionslager der Bundeswehr in Wildbergerhütte sorgt wieder für Schlagzeilen, diesmal aber nicht wegen eines möglichen Standorts für eine forensische Klinik, sondern als Flüchtlingsunterkunft. Archivfoto: thor

# Spähtrupp auf dem Mun-Depot

**WILDBERGERHÜTTE** Lager nun auch als Flüchtlingsunterkunft in der Diskussion

sz/goeb/thor ■ Vertreter der Bezirksregierung Köln und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) haben am Freitag vergangener Woche das Gelände des ehemaligen Munitionsdepots in Wildbergerhütte (Reichshof) inspiert, um die Chancen für eine weitere Flüchtlingsunterkunft auszuloten. Wie berichtet, behält sich die Landesregierung NRW vor, dort eine forensische Psychiatrie (für psychisch kranke Straftäter) zu errichten. Der Standort unweit der Gemeindegrenzen Friesenhagen sowie Wenden befindet sich noch in der Prüfung. Dagegen hatte sich kurz nach Bekanntwerden der Pläne über Bundeslandgrenzen hinweg Protest gebildet (die SZ berichtete). Am Freitag soll es sich laut Bericht der Oberbergischen Volkszeitung um einen Ortstermin im Rahmen einer Rundreise der Regierungsvertreter gehandelt haben.

„Der Termin war Teil einer Rundreise, bei der unsere Mitarbeiter auf der Suche nach geeigneten Standorten eine ganze Reihe von Immobilien der BImA besucht haben“, wird in dem Artikel die Vertreterin der Bezirksregierung, Freia Johannsen, zitiert. Konkrete Planungen gebe es nicht.

Neben den Gebäuden sei auch die in staatlichem Besitz befindliche Freifläche für die Besucher von Interesse gewesen. Nun wird bereits spekuliert, ob dies womöglich eine Option für eine Container-Lösung darstelle. Reichhofs Bürgermeister Rüdiger Gennies, der nur durch Zufall von dem Besuch erfahren habe, soll der

Gruppe eine Kopie des Landschaftsplans übergeben haben. Aus Sicht von kommunaler Verwaltung und Politik komme eine Nutzung weder der Gebäude noch des freien Geländes infrage.

Allerdings ist nach SZ-Informationen eine teilweise Bebauung auch nicht ganz ausgeschlossen (Stichwort: übergeordnetes Interesse). Eine Anfrage der Siegener Zeitung vor einigen Wochen beim zuständigen NRW-Ministerium wurde mit dem Hinweis beantwortet, dass es derzeit keine neuen Entwicklungen gebe und der Standort Wildbergerhütte als Sitz einer Forensik im Landgerichtsbezirk Bonn nach wie vor untersucht werde.

Auch die Bürgerinitiative Reichshof äußert sich zu der Thematik in einer aktuellen Pressemitteilung. Auch sie hält nichts von einer etwaigen Nutzung außerhalb der Naturschutzzwecke.

„Aus Sicht der Bürgerinitiative Reichshof ist das Gelände des ehemaligen Munitionsdepots hierfür nicht geeignet“, schreibt die BI zur Frage der Unterbringung von Flüchtlingen. Auch wenn der Besuch nicht speziell Reichshof gegolten habe, sondern eine Reihe von Objekten besucht worden sei, weise man ausdrücklich nochmals darauf hin, dass es sich bei dem Areal um ein Naturschutzgebiet handle. „Eine Nutzung jedweder Art, die Menschenmassen, Licht und Lärm mit sich bringt, schließen wir kategorisch aus. Eine solche Nutzung würde eine beträchtliche Schädigung von Flora und Fauna nach sich ziehen. Bauliche Verän-

derungen an den Gebäuden, wie auch die Errichtung einer Container- oder Zeltstadt sind rechtlich in diesem Gebiet nicht zulässig.“

Auch komme die Region wegen der rauen Witterung „sicherlich nicht für Container- bzw. Zeltstädte“ infrage, heißt es weiter. Die bestehenden Gebäude seien im Übrigen marode.

Die BI verweist ferner auf das noch nicht abgeschlossene Prüfungsverfahren für die Forensik. „Es stellt sich die Frage, warum die BImA das ehemalige Munitionsdepot trotzdem in die Liste möglicher Erstaufnahmehäuser aufgenommen hat, denn eigentlich sollte das Gelände ja als nicht verfügbar eingestuft sein.“ Man setze das eigentlich als bekannt voraus. „Es kann natürlich auch sein, dass die Bezirksregierung hier etwas weiß, was der Öffentlichkeit noch nicht bekannt gegeben wurde“, schließt die Einlassung der Initiative.

Friesenhagens Ortsbürgermeister Norbert Klaes hatte über Facebook von dem Besuch erfahren. Er will nun erst einmal alle Stellen auf rheinland-pfälzischer Seite (Land, Kreis, Verbandsgemeinde) fragen, ob Genaueres bekannt ist. Er persönlich könne sich ebenfalls schlecht vorstellen, dass hier Flüchtlinge untergebracht werden. Der Standort sei dafür genauso ungeeignet wie für eine Forensik: Es gebe Altlasten, die Gebäude seien „völlig hinüber“ – und eine Zeltstadt „wäre der Wahnsinn“.